

Klimaschutz heißt Menschen schützen.

Südwind 4 Punkte Plan für Klimagerechtigkeit

Im Rahmen der europaweiten Initiative *Climate Of Change* fordert die Menschenrechtsorganisation Südwind einen politischen Klimagerechtigkeits-Pakt. Demnach braucht es zusätzlich zur konsequenten Einhaltung der Pariser Klimaschutzziele auch ein wirtschaftspolitisches Umdenken. Südwind fordert von der Politik auf nationaler sowie europäischer Ebene einen Wirtschaftswandel, hin zu einem Modell, in dem nicht immer neue Wachstumsziele, sondern das menschliche Wohlbefinden sowie die soziale und ökologische Gerechtigkeit sowie eine solidarische Migrationspolitik und die Mitsprache der Jugend als Hauptbetroffene der Klimakrise im Mittelpunkt stehen.

Eine neue Petition fordert einen konkreten 4 Punkte Plan für Klimagerechtigkeit und kann ab sofort unterschrieben werden auf: www.suedwind.at/klimagerechtigkeit-jetzt

- 1. Eingrenzung der globalen Erwärmung auf unter 1,5 Grad Celsius.** Die aktuelle EU-Klimapolitik reicht nicht aus, um die Pariser Klimaschutzziele zu erreichen. Um eine Klimakatastrophe zu verhindern, müssen die EU und Österreich bis 2040 Klimaneutralität erreichen, zehn Jahre vor dem aktuellen Ziel. Durch gezielte Förderung einer erneuerbaren Energiewende müssen fossile Brennstoffe ersetzt, der Gesamtenergieverbrauch gesenkt und die Energieeffizienz in den entscheidenden Sektoren Strom, Wärme und Transport verbessert werden. Dem muss auch das österreichische Klimaschutzgesetz Rechnung tragen.
- 2. Wandel zu einer sozial und ökologisch gerechten Wirtschaft im Interesse von Mensch und Natur anstatt im Interesse von Großkonzernen.** Das rein quantitative BIP-Wachstum als Gradmesser für volkswirtschaftlichen Erfolg greift zu kurz: Umweltschäden und Menschenrechtsverletzungen werden darin nicht ausreichend abgebildet. Ein strenger wirtschaftspolitischer Rahmen auf nationaler sowie EU-Ebene muss verbindliche Regeln für Unternehmen definieren. Dazu zählen ein umfassendes Lieferkettengesetz sowie eine konsequente ökosoziale Förder- und Steuerpolitik.
- 3. Die EU und Österreich müssen ein internationales Schutzsystem für Menschen schaffen, die aufgrund der Klimakrise ihr Zuhause verlieren.** Um lokale Resilienz und globale Gerechtigkeit sicherzustellen, müssen Österreich und die EU die von der Klimakrise besonders betroffenen Länder finanziell und technisch unterstützen. Eine solidarische und menschenrechtsbasierte Migrationspolitik braucht sowohl gezielte Unterstützung in Herkunfts- und Transitländern als auch einen internationalen Schutzmechanismus für Menschen, die von klimabedingter Migration betroffen sind.
- 4. Junge Menschen müssen als Hauptbetroffene in klimapolitische Entscheidungen einbezogen werden.** Die politischen Entscheidungsträger*innen in der EU müssen die politische Teilhabe von jungen Menschen stärken. Dazu müssen Jugendräte in der EU und den Mitgliedsstaaten ins Leben gerufen sowie bestehende Jugendräte mit dem Status von Sozialpartner*innen ausgestattet und eingebunden werden. Die UN Youth Advisory Group on Climate Change (UN-Jugendklimarat) kann dafür Vorbild sein.

Rückfragen & Kontakt:

Isabella Szukits

Südwind-Sprecherin für Klimagerechtigkeit

Tel.: +43 1 405 55 15 306

Email: isabella.szukits@suedwind.at

www.suedwind.at/klima



Dieses Projekt wird mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Union erstellt. Die darin vertretenen Standpunkte geben die Ansicht von Südwind wieder und stellen somit in keiner Weise die offizielle Meinung der Europäischen Union dar.

Gefördert durch die
 Österreichische
Entwicklungs-
zusammenarbeit